

Indonesien nach der Schuldenkrise

1. Vorerst keine neue Krise

Indonesien war zu Beginn der Dekade eines der am kritischsten verschuldeten Länder. Von der Asienkrise 1998 hart getroffen und eher ein Niedrig- als ein Mitteleinkommensland, musste es vor zehn Jahren drei Mal im Pariser Club umschulden. 1998, 2000 und 2002, und dann noch einmal nach dem Tsunami 2005 wurden große Teil der Schulden bei Regierungen gestreckt und in die Zukunft verschoben. Bis auf kleinere Zinsreduzierungen gab es dabei aber keinen Schuldenerlass.

Die Verlagerung der Zahlungen war ein riskantes Unterfangen. In einer Reihe von Ländern waren auf diese Weise untragbare Schuldenberge aufgetürmt worden, die später in schwierigen Prozessen refinanziert und dann endlich erlassen werden mussten (HIPC/MDRI-Initiative). In Indonesien hatte die Strategie allerdings Erfolg. Der Hauptgrund dafür ist die lange Wachstumsperiode der Weltwirtschaft zwischen 2002 und 2008 (dem Einsetzen der globalen Finanzkrise). Fast alle wichtigen Indikatoren wurden in dieser Zeit von den kritischen Größenordnungen der Krisenjahre auf inzwischen beherrschbare Werte reduziert:

Indikator (%)	1998	Kritischer Grenzwert	2008
Schulden zu BIP	150	40	29
Schulden / Exporte	297	150	97
Schuldendienst / Exporte	22	5	10 (2007)

Die Weltfinanzkrise hat auch in Indonesien das insgesamt sehr positive Bild erschüttert – allerdings in geringerem Maße als in den meisten anderen Ländern: Der IWF geht in seiner Schuldentragfähigkeitsanalyse 2009 davon aus, dass der Schulden zu Exporte-Indikator auch ohne weitere Krisenauswirkungen von 97% auf schon bedrohlichere 135% steigen wird. Dieser Anstieg ist weniger einer Zunahme des Schuldenstandes als vielmehr einem Einbruch beim Nenner, nämlich den erwarteten Exporteinnahmen geschuldet. Im Falle eines Abwertungsschocks wird der Schulden zu BIP-Indikator wieder über die Grenze von 40% ansteigen. In diesem Fall müsste man tatsächlich von der Gefahr einer neuen Überschuldungskrise sprechen. Bis Mitte Dezember 2009 ist die Rupiah aber in der Größenordnung von 10.000 IDR / 1 US-\$ stabil geblieben.

2. Indonesien als Vorreiter innovativer Entschuldung

Indonesien hat 1969 Entschuldungsgeschichte geschrieben, als der Pariser Club der Gläubigerländer zu keiner Regelung mit dem damals gerade ins Amt gekommenen Regime des Diktators Suharto bezüglich der von diesem geerbten Altschulden kam. Der größte Gläubiger des Landes war die Sowjetunion, die, anders als der Westen, nicht daran interessiert war, die Diktatur durch Zugeständnisse beim Schuldendienst zu stabilisieren. In dieser Situation verständigten sich die Parteien auf die Einschaltung eines neutralen Vermittlers. Der deutsche Bankier H.J. Abs legte als "ehrlicher Makler" einen Plan vor, der Indonesien von fast allen Zinszahlungen befreite, aber den Gläubigern das Kapital garantierte. Diese unparteiische Lösung war für alle akzeptabel und

ersparte Indonesien weitere Auslandsschuldenprobleme bis zum Ausbruch der Asienkrise 1998.

In jüngerer Zeit machte das südostasiatische Land wieder schuldenpolitisch von sich reden, als es mit der deutschen Bundesregierung die erste *Debt2Health*-Schuldenumwandlung vereinbarte. Dabei erließ Deutschland Indonesien 50 Mio € Schulden aus der Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegenzug stellte Indonesien dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose (GFATM) umgerechnet 25 Mio € für Gesundheitsprogramme zur Verfügung. Zwar hatte es von Seiten beider Länder schon in anderen Zusammenhängen solche Schuldenkonversionen gegeben, aber dies war der erste *Swap* bei dem eine multilaterale Institution begünstigt wurde. Inzwischen ist ein weiteres Abkommen zwischen Indonesien und dem Gläubiger Australien unterschriftsreif, und auch Deutschland baut das Instrument solcher multilateraler Schuldenumwandlungen in anderen Schuldnerländern, nämlich Pakistan und Ecuador, aus.

3. Eine Herausforderung aus der indonesischen Schuldengeschichte

1992 verkaufte die damalige Bundesregierung unter Kanzler Kohl unter dubiosen Umständen die Hälfte der ehemaligen DDR-Marine an das Regime des Diktators Suharto in Indonesien. Der Verkauf wurde mit einer Hermes-Bürgschaft zu Lasten des Bundes abgesichert. Die deutschen Forderungen wurden im Rahmen der Umschuldungen im Pariser Club (s.o.) langfristig gestreckt. Deshalb stehen heute noch mehr als 100 Mio € aus dem Verkauf in den Büchern. Der Diktator und auch seine Nachfolger nach der Demokratisierung des Landes 1999 nutzten die deutschen Kriegsschiffe zur Unterdrückung der Bevölkerung in den Konflikten von Aceh, Osttimor, den Molukken und Westpapua. Den deutschen Kredit zahlen mit ihren Steuern also u.a. diejenigen, auf die damals mit deutscher Hilfe geschossen wurde. Durch die schon beim Verkauf absehbare Verwendung der Schiffe im Ost-Timor-Konflikt unterstützten die Deutschen sogar die Verletzung einer rechtlichen Norm, welche auch in Deutschland Verfassungsrang hat: nämlich das Verbot eines Angriffskrieges.

Zusammen mit indonesischen Kirchen und NROs hat erlassjahr.de deshalb 2008 vorgeschlagen, die verbliebenen deutschen Forderungen ebenfalls umzuwandeln, und zwar in einen Wiederaufbau- und Versöhnungsfonds. Aus diesem sollen nicht-staatliche Projekte gefördert werden, welche zum einen die damaligen Opfer so weit möglich entschädigen und zum zweiten nicht-staatliche Projekte zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens in der multi-ethnischen Gesellschaft Indonesiens fördern sollen. Die bis 2009 amtierende Bundesregierung hat an dem Projekt Interesse gezeigt. Allerdings konnte die indonesische Regierung sich noch nicht zu einer Initiative gegenüber Deutschland durchringen.

Weitere Informationen:

Jürgen Kaiser
erlassjahr.de - Politische Koordination
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: +49 211 4693 217
Fax: +49 211 4693 197
mobil: +49 173 2919374
j.kaiser@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de